

Editorial

Die Studie »Jugend in Deutschland 2024« wird in diesen Tagen diskutiert und beruht auf einer Befragung von bundesweit 2.000 jungen Menschen zwischen Januar und Februar. Ein oftmals zitiertes Ergebnis besagt, dass 22 Prozent der befragten 14- bis 29-Jährigen bei einer Bundestagswahl die AfD wählen würden. Dies sind 13 Prozent mehr als 2022. Laut der Studie ist eine wachsende Zahl der befragten jungen Menschen wegen der Zunahme von Flüchtlingsströmen besorgt. Der Anteil stieg von 22 Prozent im Jahr 2022 auf 41 Prozent in diesem Jahr. Als Ursache für einen deutlichen Rechtsruck unter den Jugendlichen werden Verunsicherung, fehlender Optimismus und geringe Widerstandsfähigkeit gegenüber Krisen genannt. Das würde die Neigung zu autoritären Konzepten forcieren.

Zur Einordnung der Ergebnisse ist es sinnvoll, einen Blick auf die Methodik der Untersuchung zu werfen. Die jungen Menschen waren Teil eines Online-Access-Panels, also einer Gruppe von Personen, die sich registriert haben und sich gegen ein Honorar bereit erklärten, wiederholt an Online-Studien teilzunehmen. Für eine repräsentative Erhebung ist es jedoch unerlässlich, dass befragte Personen die gesamte Bevölkerung zwischen 14 und 29 Jahren abbilden. Im Unterschied zu Panel-Untersuchungen, wobei in regelmäßigen Abständen immer wieder dieselben Personen befragt werden, handelt es sich hier um eine Trendstudie. 2022 haben also andere Teilnehmende die Fragen beantwortet als in den Folgejahren, weswegen kein zeitlicher Vergleich der Ergebnisse möglich ist. Eine weitere Kritik an der Studie besteht darin, dass zwischen Wahlentscheidung und Präferenz nur dann ein Vergleich gezogen werden kann, wenn gefragt wird, wen die jungen Menschen gewählt haben und wen sie wählen würden, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre. Dies ist nur von denjenigen zu beantworten, die an einer Wahl teilnahmen.

Online-Befragungen sind einfacher und kostengünstiger durchzuführen als zum Beispiel Telefoninterviews oder Feldbefragungen. Die Einschränkungen liegen darin, dass ausschließlich Menschen mit eigener Motivation teilnehmen und dass eine Absprache von Teilnehmenden bestimmter Parteien möglich ist, um die Ergebnisse zu beeinflussen. AfD-Anhänger:innen sind in den meisten solcher Online-Panels unverhältnismäßig hoch überrepräsentiert.

In Deutschland durften bei der Europawahl erstmals 1,4 Millionen junge Menschen ab 16 Jahren wählen. In der Altersklasse bis zu 24 Jahren wählten 17 Prozent die Unionsparteien und 16 Prozent die AfD, wogegen die Wahlergebnisse der Grünen um 23 Prozent auf elf Prozent zurückgingen, wie eine Umfrage von Infratest dimap zeigte. Im Vergleich zur Europawahl 2019 bedeutet das für die AfD einen Stimmenzuwachs von jungen Menschen um elf Prozent, was dem Durchschnitt der Bevölkerung entspricht. Kleine Parteien wie zum Beispiel Volt Europa wurden von 28 Prozent der Jüngeren gewählt.

Erste Hypothesen zu den AfD-Ergebnissen lassen vermuten, dass Populismus mittlerweile auch bei jüngeren Menschen anschlussfähig ist. Abstiegsängste verbunden mit dem Wunsch, »es den Reichen zu zeigen und Arme zu beschützen«, Potenziale eines strukturellen Rassismus sowie die Enttäuschung darüber, dass umweltpolitische Themen Kompromissen geopfert wurden, zählen zu den Erklärungsversuchen.

Insgesamt hat keine andere Wählergruppe so heterogen gewählt wie die jungen Wahlberechtigten.

Den Blick auf die Entwicklungen hinsichtlich der politischen Orientierung der jungen Menschen zu richten, ist bedeutsam, wobei allerdings der Hinweis auf die Grundlagen der Ergebnisse nicht

fehlen darf, um eine Einordnung der Zahlen vornehmen zu können.

In der Fortsetzung des Gesprächs »Zwischen Hoffen und Bangen«, welches unter anderem auf die Hoffnung in Zeiten von Krisen eingeht, wird die Notwendigkeit beschrieben, die eigenen Bedürfnisse mit denen der Mitmenschen in Einklang zu bringen. Ein individualisiertes Autonomieverständnis ermöglicht Freiheit nur in Konkurrenz gegenüber anderen. Ein Mangel evokiert eine abwehrende Haltung und den Wunsch, das Vorhandene zu bewahren. Das erfordert viel Energie, die die Kraft für die sinnvolle Ausgestaltung des täglichen Handelns aufzehren kann.

Ein weiteres Thema in dieser Ausgabe der *Evangelischen Jugendhilfe* ist die partizipative Erarbeitung einer Digitalisierungsstrategie. Hierzu gehört die Auseinandersetzung mit Künstlicher Intelligenz, um Arbeitsprozesse zu erleichtern. Wir befinden uns hier noch am Anfang und auf der Suche nach dem richtigen Weg für die Kinder- und Jugendhilfe.

Im Kontext der Digitalisierung wird die exzessive Mediennutzung und Medienabhängigkeit junger Menschen aufgegriffen. Um von einer Beeinträchtigung sprechen zu können, gilt es über einen längeren Zeitraum bestimmte Kriterien zu beobachten, wie unter anderem die verminderte Kontrolle und die überhöhte Bedeutung des Spielens sowie die Nutzung digitaler Medien zur Regulation negativer Gefühle. Ein Eingreifen der pädagogischen Fachkräfte ist angezeigt, wenn die jungen Menschen ihren Umgang mit digitalen Medien nicht mehr selbst steuern können und die Strukturierung des Alltags darunter leidet.

Kinderschutz in Zeiten des Mangels wird von öffentlichen und freien Trägern immer wieder thematisiert. Dabei geht es um die Gefährdungseinschätzung, das Hilfeplanverfahren, die Mitwirkung im familiengerichtlichen Verfahren und das Berichtswesen. Eine fachlich angemessene

Dokumentation ist unabdingbarer Standard in der Kinder- und Jugendhilfe. □

Ihre
Annette Bremeyer
Björn Hagen



EREV

FORUM 81-2024

SOZIALRAUMNAHE HILFEN ...

... wohnortnah – passgenau – vernetzt



Foto: Sonja Pfleger

**Rausgehen!
Einblicke in die Praxis
und Ausblicke in die
Zukunft**

**25. – 27. September 2024
in Würzburg**